

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark
ausfallsich. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
poststellen angenommen. Im
entschiedenen Zeitungsergebnis unter
Einschluss der eingetragenen. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Ecole-Zeitung“ gestattet.
Verantwortl. Schriftf. Hr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Morgen-Ausgabe.

Ecole-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Angeligen

werden die 76spaltigen 38 mm breite
Anzeigenspalte oder deren Raum mit
20 Pf. u. 10% Zuschlag berechnet
und in unseren Anzeigenspalten
alle Anzeigenspalten
Klassen die 76 mm breite Zeile
1 Mrk. u. 10% Zuschlag. Anzeigen-
annahme bis 11 Uhr, 11 Uhr,
für die Sonntags-Abd. 6 Uhr.
Abbestellungen, soweit zulässig,
müssen schriftlich erfolgen. Erfül-
lungsort: Halle a. S. Erbschafts-
1 mal, Sonntags 1 mal. Schriftf. u.
a. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, G.
Straubenhofstr. 17. Neben-Geschäfts-
stelle: Markt 24 u. Dr. Ulrichstr. 32.

Nr. 115.

Halle, Sonnabend, den 9. März

1918.

Bomben auf London, Margate, Sherneff.

Die Polen bescheiden sich. — Ein neues Ostseeabkommen. — Deutsch-österreichische und ukrainische Truppen marschieren nach Odessa. — Die Friedensverhandlungen in Bukarest.

Eine Abrechnung mit den Kriegsgewinnlern.

Die Daimler-Werke vor dem parlamentarischen

WB. Berlin, 8. März. (Drahtnachricht.) Der Hauptausführer des Reichstages nahm heute den Bericht des Abgeordneten Roske aus dem Untersuchungsausschuss entgegen. Der Berichterstatter verarbeitete sich über die Mißbräuche und Verschwendung bei Kriegslieferungen, namentlich bei den Beschaffungen von Automobilen. Er bedauerte, daß den Beschaffungsgewinnern die Bundesratverordnung vom 16. Juni 1917 nicht rechtzeitig zur Verfügung überreicht worden sei. Dann hätte zum Beispiel den Daimler-Werken das Preisbandrecht gelegt werden können, denen der Preissteigerungswert weiter gegeben worden sei, auch als für Autos in Massen zu liefern hatten. So seien die aufsehenerregenden Gewinne und Dividenden für die Aktionäre entstanden. Unschärf sei die Drohung der Firma, die Erzeugung zu vermindern, wenn ihr nicht Preiszuschläge für Motore gewährt werden würden. Seit Änderung der Militärleistung des Betriebes hätten die Leiter sich zur Vorlage ihrer Unterlagen zur Berechnung der Gewinnsteuern begeben, dabei seien noch Verschönerungen der Militärleistung gemacht worden, was den Untersuchungsausschuss veranlaßt habe, schärfste Maßnahmen zu fordern. Solche seien vom württembergischen Ministerium getroffen, die Werte seien unter militärischer Kontrolle gestellt worden. Auch die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte die Bücher. Die Anklage und Verhaftung wegen Kriegswunders sei da mehr als irgendwo anders am Platze.

Generalstabschefmeister Comette äußerte sich über die Preisbildung dahin: Zu Beginn des Krieges seien hohe Preise im Anreiz der Munition- und Geschosserzeugung mit Rücksicht gehabt worden, indes auf Grundlage der in den Spanischer Staatsverträgen gemachten Erfahrungen. Die meisten Lieferanten forderten, so auch die U. S. G., haben die gewünschte Einsicht in die Bücher zur Befriedigung der Gewinnsteuern gewährt. Als Gegenleistung für die anfangs gewährten höheren Preise hat die Wumba versandt, daß die betreffenden Anlagen für eine längere Zeit instand und zu ihrer Verfügung gehalten würden. Geschäfte und Maschinenwerke seien bei Ausbruch des Krieges für die Waffenanfertigung weniger geeignet gewesen.

Ein anderer Vertreter des Reichstages sagte aus: Um den von der Militärverwaltung hinsichtlich der Motorleistung gestellten Anforderungen gerecht zu werden, hat die Firma Daimler große Anstrengungen zu machen gehabt. Die Herausgabe der Unterlagen über die Gewinnsteuern der Geschosserzeugung habe die Militärverwaltung zunächst verweigert, sich aber später entgegenkommender gezeigt. Die angeforderten Erzeugungsdaten

lung sei auf Vorkontingenzen hin nicht durchzuführen, jetzt sei wegen der Vorkontingenzen die Militärleistung ausgeprochen worden.

Abg. Stine (Mittl.) fordert scharfes Zugreifen im Fall Daimler. Mühe es nicht gelassen, so würde das im Lande nicht verstanden werden.

Die Streifenabrechnung sei das Schicksal. Wenn die Firma nur einen Gewinn von 11 Prozent gemacht hätte, so wäre dagegen wenig einzurufen, aber die Gewinnabrechnung war falsch. In der Tat seien die Gewinne der Firma viel höher. Die bei der Wumba tätigen Kaufleute hätten das finden müssen. Die

Steigerung der Dividenden des Kurzes bis auf 1500 Prozent

hätte der Seerescheinung einen Fingerzeig geben müssen, daß hier etwas vorgebracht werde. Die Firma habe das Aktienkapital vergrößert um die Gewinne zu verschleiern. Die der Militärverwaltung vorgelegte Motorleistungsberechnung sei erdacht und nicht den Büchern und Testaten entnommen. Zur Berechnung aller Werten die ersten Gewinne wieder der Reichskasse zugewiesen werden.

Abg. Dr. Eggert (Mittl.) äußerte aus: Was sich die Firma Daimler erlaubt habe, sei hart und die Schuld, mit der die Militärverwaltung den Büchern der Firma Glauben geschenkt habe, sei verwunderlich. Das Kontrollrecht sei auf Grund des Belagungsplansvertrages leicht zu erlangen gewesen, es sei aber nicht in entsprechender Weise angewendet worden. Den Abgeordneten, die im Benehmen mit dem Kriegsministerium die Bücher eingesehen hätten nachprüfen sollen, sei die Einsicht verweigert worden, viele müßte erzwungen werden, nötigenfalls durch Militärleistung der Betriebe. Da von der Firma Daimler gewisse wichtige Berechnungen vorgelegt worden seien, liegt der Betrag vor.

Die Einziehung der Gewinne für das Reich sei gerechtfertigt.

Im weiteren Verlaufe der Aussprache erklärte Abg. Eggert: Was die Firma Daimler betriebe habe, sei so unanständig, das wohl niemand in Deutschland für möglich gehalten hätte. In anderen Fällen sei die Militärbehörde nicht so gebildet. Der Kammerherr a. W. P. P. in so in wenigen Monaten ohne irgendwelche Berechnungen 100 Millionen an Kriegsgewinn erzieht haben. Die Sache muß unbedingt aufgearbeitet werden. Weiterberatung Sonnabend.

Die englische Arbeiterschaft und der Krieg.

(Von unserem Mitarbeiter im Haag.)

Während die organisierte Arbeiterschaft des Kontinents sofort beim Ausbruch des Krieges ihre Haltung feilschte und sich in ihrer weitans überwiegenden Mehrheit solidarisierend mit dem Schicksal der staatlichen Gemeinschaft erklärte, in der sie lebte, hat die englische Arbeiterschaft dem Krieg gegenüber lange Zeit eine Art abwartender Neutralität bewahrt. Erst die Agitation Lord Georges vermochte die englische Arbeiterschaft davon zu überzeugen, daß der Ausgang des Krieges auch für sie eine Schicksalsfrage sei. Unter dem Eindruck seiner Propaganda wandelte sich ihre Teilnahmslosigkeit ins Extrem und die englische Arbeiterbewegung wurde zum Teil selbst zur Trägerin des radikalsten Chauvinismus. Die Ausdehnung ihrer Führer wie ihre Kriegszieleforderungen in der Blütezeit des Lord Georges Einflusses waren von einer Schärfe und einer Maßlosigkeit, würdig des Jingoismus eines Lord Northcliffe und seiner Trabanten.

„It is a long way“ ... Der Verlauf des Krieges hat allmählich auch in England geteilt, daß von den tönenden Worten begeisterter Verklammsredner bis zum eingebildeten Siege ein langer und harter Weg ist. Dazu ist die Enttäuschung über das Nichteintreffen der großen Versprechungen auf sozialer Gebiete getreten, die der Premierminister der Arbeiterschaft als Belohnung für ihre Leistungen in Aussicht gestellt hat. Der festgesetzte Lauf der englischen Gewerkschaftsorganisation, der den Anforderungen der wirtschaftlichen Entwicklung vor dem Krieges laum noch entsprach, ist unter keinem Einfluß vollends aus dem Jagen geraten. Während die jüngeren und daher moderneren Gewerkschaftsorganisationen des Kontinents sich den durch den Krieg veränderten Verhältnissen anpassen vermochten, waren die englischen Trade Unions infolge ihrer Beschränkung auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis belehrt Arbeiter nicht in der Lage, die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit zu führen.

Die Angelegenheit, daß die Lord Georges Arbeiterschaft ein geschlossenes Lager ist, sind in letzter Zeit recht zahlreich gemeldet. Zwar gehört der rechte Flügel der englischen Arbeiterbewegung noch immer zur unbedingten Gefolgschaft des Ministerpräsidenten, aber seine Führer wie Roberts, Barnes und Hodge verlieren, wie die Haltung der Arbeiterpartei in der letzten Zeit beweist, immer mehr an Boden. Alle Anstrengungen, die Lord George seit Anfang dieses Jahres unternommen hat, die organisierte Arbeiterschaft zur Unterstützung seiner Politik zu veranlassen, sind gescheitert. Im Gegenteil, sein früheres Kabinetsmitglied Henderson hat gerade dadurch, daß er aus der Kabinetsregierung der Fälle nach Stockholm die Konsequenzen zog, stark an Ansehen gewonnen. Der ehemalige Arbeitsminister sieht heute politisch zwischen den Chauvinisten und jener Minderheit, die in der Einführung des Bolschewismus das Ziel Englands und der Welt sieht. Noch hält sich Hendersons Politik, die als Programm der mittleren Linke die große Menge der denkenden englischen Arbeiter für sich hat, zwar keineswegs frei von der Einbildung, daß die Neuordnung der durch den Krieg veränderten Dinge nach dem englischen Starrsinn erfolgen müsse; sie zeigt aber deutlich das Bemühen, den Gang der Entwicklung über die inularen Scheitern hinweg einigermassen objektiv zu betrachten.

Am Verständnis der neuen Entwicklung, die sich augenblicklich unter dem ausschlaggebenden Einfluß Hendersons im innerpolitischen Leben Englands vollzieht, wird es notwendig sein, einmal den Strömungen ein nachzugeben, die sich unter der Einwirkung des Krieges innerhalb der englischen Arbeiterschaft vollzogen haben.

Höchst beachtenswert für die Entwicklung auf sozialpolitischem Gebiet ist die Bewegung der sogenannten Shopkeepers and Vertrauensmännern, die von der Arbeiterschaft zur Wahrung ihrer Interessen in den einzelnen Betrieben gewählt werden. Es bildet eine Reaktion gegen die Verkopfung und Bürokratisierung der Trade Unions, die durch ihr Jüngertum das einheitliche Handeln der Arbeiterschaft in ihrer Aktion gegen die Macht des organisierten Kapitals empfindlich hemmt. In den Arbeitstämpeln während des Krieges haben die Shopkeepers bereits eine große Rolle gespielt und ihre Anerkennung gegen den heftigen Widerstand der Gewerkschaften durchgesetzt. Augenblicklich geht die Tendenz dahin, die bisher nur lokal wirksamen Komitees zu einer Organisation über das ganze Land auszu-

Deutscher Abendbericht.

WB. Berlin, 8. März, abends. (Antifisch.) London, Margate und Sheerness wurden in der Nacht vom 7. zum 8. März von mehreren Flugzeugen mit Bomben angegriffen. Gute Wirkung war zu beobachten. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Wiener Bericht.

WB. Wien, 8. März. Antifisch wird verlaubbart: nichts Besondere zu melden. Der Chef des Generalstabes.

Zur Ausführung des Friedensvertrages mit Finnland.

Die Regelung der Zivilschäden.

Berlin, 8. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die Kommission, die in Berlin zur Regelung der Zivilschäden in Finnland zusammengetreten ist, wie das im Friedensvertrag vorgesehen ist, soll unter dem Vorbehalt eines Neutralen tagen. Nach Weiterkommen der deutschen und finnischen Regierung soll der Präsident der Schweiz ersucht werden, eine geeignete Persönlichkeit zu ernennen oder selbst den Vorbehalt zu übernehmen.

Wegen Freigabe der Entschädigung für in finnischen Häfen von Rußland beschlagnahmte deutsche Schiffe ist ein Übereinkommen getroffen worden, daß Deutschland sich deswegen verlässlich an Rußland zu halten hat. Sollte Rußland innerhalb eines Jahres den deutschen Forderungen nicht entsprechen, so übernimmt Rußland den Deutschen entstandenen Schaden.

Der erste deutsche Gesandte in Finnland. Berlin, 8. März. (Eigene Drahtnachricht.) Der zum ersten Gesandten in Finnland ernannte Generalmajor Freiherr von Bruhl begibt sich schon in den nächsten Tagen nach Warschau, dem Sitz der finnischen Regierung, zur Aufnahme seiner Tätigkeit.

Auf dem Marsche nach Odessa.

Gegen die Bolschewiki.

Stockholm, 8. März. (Eigene Drahtnachricht.) Nach Meldung aus New hat die Ukraine als militärischen Vorbereitung beendet, um die jüdischen Gengen, die noch immer in den Händen der Bolschewiki sind, zurückzuführen. Deutsche, österreichische und ukrainische Truppen befinden sich auf dem Marsche nach Odessa.

Polen verzichtet auf preussisches Gebiet.

Berlin, 8. März. (Eigene Drahtnachricht.) In gut unterrichteten Kreisen erwartet man in den nächsten Tagen eine feierliche Erklärung der polnischen Regierung, daß sie die bestehenden Grenzen zwischen Polen und Preußen anerkennt. Eine solche Erklärung würde dauernd einen offenen Verzicht Polens auf preussisches Gebiet bedeuten. Ihr wird daher von vielen Seiten große Bedeutung beigemessen.

Werden die Westmächte einlenken?

Wien, 8. März. (Eigene Drahtnachricht.) Wie in diplomatischen Kreisen bekannt, dürfte man nicht die Hoffnung aufgeben, daß nach dem zumeistigen Friedensschluss die Westmächte doch noch, vielleicht in letzter Stunde, die drohende Öffnung durch ein Entsetzen verhindern werden. (Bleibe Depeschen siehe auch Seite 4.)

haben. Siegt die Idee des Systems dieser Betriebsvertrauensmänner, die in der Forderung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter bei der Verwaltung der Fabriken und bei der Gestaltung und Verteilung der Produktion gipfelt, dann wird sich der englische Trade Unionismus, wenn auch sehr gegen seinen Willen, zu einer radikalen Aenderung seiner ganzen Taktik genötigt sehen.

Auch innerhalb der hochentwickelten englischen Konsum- und Genossenschaftsbewegung machen sich Veränderungen in den bisherigen Anschauungen geltend. Während diese bis zum Kriege hiesigen Gegenstand lebhafter Förderung durch die Regierung waren, sind sie zum Cabinet Lloyd George in scharfer Opposition getreten, weil die Bekämpfung ihrer Erträge einen der Punkte seines finanzpolitischen Reformprogramms bildet. Der von ihnen vertretene Gedanke der Aufstellung eigener Kandidaturen bei den Parlamentswahlen wird wohl kaum praktische Gestalt annehmen; dagegen besteht um so größere Wahrscheinlichkeit, daß sie Anstöße an die neuorganisierte Arbeiterpartei finden und finden werden. Mit ihnen mehr als drei Millionen Mitglieder und ihren eigenen Mitteln dürften die englischen Genossenschaften dazu berufen sein, beim Aufbau und bei der Finanzierung der neuen Parteiorganisationen eine erhebliche Rolle zu spielen.

Darüber kann heute noch kaum noch ein Zweifel bestehen, daß sich alle diese Strömungen früher oder später zu deutlich spürbaren Einflüssen auf die allgemeine Politik Englands verdichten werden. Die Einführung der Wahlreform hat die Aussichten der Arbeiterpartei bei den Neuwahlen, die früher oder später doch kommen müssen, erheblich gesteigert, und die moralische Wirkung, die von dieser Tatsache auf einen nicht unbeträchtlichen Teil der Unterhausmitglieder ausgeht, ist in ihrer Bedeutung keineswegs zu unterschätzen. Der radikale Flügel der liberalen Partei, sowie zahlreiche heute noch schwankende Elemente, werden sich im Falle der Entscheidung in ihrer Stellungnahme für oder gegen Lloyd George zweifellos dadurch bestimmen lassen, daß ihnen die neue Arbeiterpartei Unterkunft und Wähler zu bieten vermag.

Wie weit der Einfluß des Friedensprogramms der Arbeiterpartei bereits heute auf maßgebende bürgerliche Politiker Englands gediehen ist, zeigt neben der Tatsache, daß der bekannte Brief Lord Lansdownes nicht zum geringsten Teil auf Sanderlons Einfluß zurückzuführen ist, die Zustimmung, die ihre Friedensklärung durch Staatsleute vom Range eines Lord Vindoeser und Lord Rothern gefunden hat.

Alle diese Strömungen sind Anzeichen dafür, daß die Erkenntnis der Wirklichkeiten in England, wenn auch langsam, so doch unaufhaltsam auf dem Marsch begriffen ist; noch scheint der Augenblick zu früh, sie als politische Faktoren eines allgemeinen Umwälzungsprozesses der öffentlichen Meinung zu werten, aber immerhin sind sie bedeutungsvoll genug, um auch in Deutschland Beachtung zu finden.

Die Zukunft der Aland-Inseln.

Stockholm, 7. März. Nach einer Mitteilung aus Warschau, daß die finnische Senat, die Aland-Inseln zu einem selbständigen Bezirk innerhalb der finnischen Republik unter einem Vorbehalt zu machen. Laut "Politiken" hat die revolutionäre Regierung in Helsingfors gegen die Befreiung der Aland-Inseln durch Schweden protestiert, da es sich hier um ein finnisches Gebiet handelt.

Die deutsche Landung auf Aland.

Kopenhagen, 8. März. Nach Stockholmer "Socialdemokraten" erfolgte die deutsche Landung auf Aland sehr glücken. "Alandsbladet" meldet, daß die deutsche Geschwader jetzt in Aland liegt. Das lange Jagen bei der Landung sei durch die schwedische Geschützfeuer veranlaßt worden.

Unter der Tropensonne.

Roman von Erich Geipel-Debes.

29. Fortsetzung.

Übersetzt von E. S. S.

Unterdeh war Antonio den ersten Anflug der Treppe über die Sechsstufige springend schnell hinuntergelaufen. Aber dann kam er nicht weiter. Da traf er auf Ständer und Füßen über das Geröll hin ab, nicht darauf achtend, daß er sich an den Steinen und spitzigen Kalksteinen blutig ritzte. Endlich stand er atemlos vor Herbert, der sich entsetzt auf Solvia. Ohne sich zu befehlen, schlang er beide Arme um ihren Körper, während Herbert sie um die Hüften hielt. So rufen Herr und Diener Solvia hinauf, vor Anzögerung und Aufregung ächzend, hinunter, Schritt vor Schritt mühsam über den Schutt gehend.

Durch die Knospe, über all die Steine hinweg, an denen sich Antonio achlos die klagen Flüsse verlor, kamen sie endlich mit Solvia in Herberts Privatort, das durch das niederliegende Drogenlager besonders harte Mauern besaß. Als sie Solvia auf dem langen Bambusstiel behutend niedergelegt hatten, holte Herbert Wasser herbei, und mit dem kleinen Apothekergeschäftchen in diesem Zimmer unverweilt geblieben war. Während Antonio ins Laboratorium lief, um eine Schüssel mit Wasser und Watte zum Abwischen der Wunden zu holen, beobachtete Herbert sorglos Solvias Ägze.

Vor kaum einer Viertelstunde hatte auch er hier auf diesem Felsen gelegen. Jetzt schien es ihm, als sei ein kaltes Gebirgsfelsen vorangegangen. Mit einem Schlage war alles anders geworden, nicht als würde er selbst durch dieses Ereignis am liebsten brachte es ihn in den wenigen Minuten um die fröhliche jahrelangen Arbeit in! Und Solvia? Wenn sie wirklich nach diesen Wunden, nach dieser Gemütserschütterung mit dem Leben davonkam, würde sie bei ihm bleiben, wo er ihr vielleicht nicht mehr im Verhältnis zur Vergangenheit bieten konnte?

Da schlug sie endlich die Augen auf, die schönen braunen Augen, die er so sehr liebte! Aber es war ein wirrer, müder, halbloserer Blick, der kein volles Bewußtsein zeigte. Wie durch einen Schleier sah sie Herbert über sich gebeugt stehen. War es wirklich Herbert, der so treue, liebevolle Augen hatte? Sie konnte sich zu keinem Gedanken aufheben, eine bittere Betäubung, die ihr ganzes Gehirn wie mit Kommen un-

Die Wahlpflicht zum Abgeordnetenhaus angenommen.

Bedenken gegen die Durchführbarkeit. — Die Regierung für einen Versuch. — Gegen die Wahlen am Sonntag.

Dem heute wieder zusammengetretenen Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses legte der Unterstaatssekretär folgenden Wahlpflichtentwurf vor:

§ 31: Jeder Wähler ist verpflichtet, sein Wahlrecht auszuüben. Zur Nichtausübung des Wahlrechts berechtigten: ernie Krankheit, unauflösbare und wichtige Geschäfte, sonstige besondere Verhältnisse, welche nach billigem Ermessen des Wahlkommissars eine genügende Entschuldigung begründen. Wer ohne einen der vorstehenden Entschuldigungsgründe es unterläßt, sein Wahlrecht auszuüben, gilt eine Ordnungstrafe in Höhe eines Viertels des Jahresbetrags bezu ihm zu entrichtenden Staatseinkommen, mindestens aber fünf Mark zu zahlen. Die Ordnungstrafe bleibt in der Staatskasse. Sie wird mit der Staatseinkommensteuer eingezogen. Die Befreiung der Strafe steht dem Wahlkommissar zu. Gegen die Festsetzung findet binnen zwei Wochen die Beschwerde beim Regierungspräsidenten statt, welcher endgültig entscheidet. Die Amtsgerichte haben auf Eruchen bei der Beweiserhebung Weisung zu erteilen. Die durch eine Beweiserhebung entstehenden Kosten sind im Falle der Befreiung dem Wähler zu übernehmen.

Ein parlamentarischer Ausschuss hat Bedenken gegen die Durchführbarkeit des Entwurfs. Er freier ein Wahlrecht, desto weniger seien solche Mittel notwendig. Die Vorarbeiten über die Entschuldigungsgründe seien zu wenig fertig, daß die Entscheidung immer beim Wahlkommissar liege. Voraussetzung für die Einführung der Wahlpflicht sei, den Sonntag als Wahltag festzusetzen. Die Volkspartei stimme gegen den Entwurf. — Ein Zentrumsehrer kündigt an, daß seine Freunde

in erster Lesung für den Antrag stimmen werden, doch müsse die endgültige Stellungnahme der Beratung im Plenum vorbehalten bleiben. Die Strafe dürfe nicht über 50 Mk. betragen. — Ein Nationalliberaler erklärt, daß seine Parteigenossen gleichfalls in der ersten Lesung für die Wahlpflicht stimmen werden. — Der Sozialdemokrat ist der Meinung, daß die Wahlpflicht als Voraussetzung für die Beschäftigung des Arbeitgebers, seinen Angehörigen die zur Ausübung der Wahl erforderliche Zeit zu gewähren. — Der Volk ist im Sinne der letzteren Forderung, lehnt aber die Sonntagswahl ab. — Ein anderer Zentrumsehrer weist darauf hin, daß in Württemberg die Wahlpflicht ein Ergebnis hatte, das den Erwartungen entgegengesetzt war.

Minister des Innern Dr. Drems: Der Entwurf enthält praktische Schwierigkeiten. Sollte der Ausschuss aber sich für die Wahlpflicht entscheiden, so konnte man den Versuch machen. — Ein Konservativer spricht sich gegen Festsetzung einer Höchststrafe aus; hierdurch würden nur die Wohlhabenden gezwungen. Dem gleichen Wahlschritt müsse die Wahlpflicht entsprechen. — Ein konservativer erklärt, in der ersten Lesung für den Antrag zu stimmen, ohne seine Partei festzusetzen. Die Sonntagswahl besämfert er. Schon jetzt verpflichte das B.G.B. den Arbeiter, seinen Arbeiten ohne Lohnauszug Zeit zur Ausübung ihres Wahlrechts zu geben. — Nachdem noch ein Nationalliberaler die Sonntagswahl abgelehnt hatte, wurde der Antrag des Unterstaatssekretärs gegen die Stimmen der Fortschrittler, des Sozialdemokraten und des Volkes angenommen und der Zentrumsentwurf auf Festsetzung einer Höchststrafe von 50 Mk. abgelehnt.

Eine Moldau-Republik.

WTB. Bern, 7. März. "Progres de Lyon" meldet aus Paris: Zwischen Dujfir und Pruth hat sich eine Moldau-Republik mit der Hauptstadt Kishineu gebildet.

Französische Stimmen für eine Wiederaufrichtung des Zarismus.

Bern, 7. März. Die französische Presse veröffentlicht einen Brief des Zaren vom 14. April 1916 alten Stils, den der Zar dem damals in Rußland weilenden Biviani an Wolzcaré mitgab. Der Zar spricht in ausdrücklicher Weise darin den Wunsch aus, daß alle Mittel in den Dienst der gemeinsamen Sache stellen. Rußland seinerseits schweue vor seinem Opfer zu sein, um der Sache der Alliierten zum Triumph zu verhelfen. Die reaktionären Zeitungen sehen in diesem Briefe einen Beweis, daß der Zar der Entente stets die Treue bewahrt habe. "Figaro" erklärt, die Idee des Sonderfriedens sei naturnotwendig, "Gaulois" präzisiert, ganz offen die Wiederaufrichtung des Zarismus. "Le Temps" hat als ein so freies Bundesgenosse be-lassen wie den Zaren. Diese Bemerkungen, dem Zarismus in Frankreich wieder Anhänger zu verschaffen, werden von der sozialistischen Presse in scharfster Weise zurückgewiesen.

Der Sowjet billigt den Friedensvertrag.

Wenn's auch schwer fällt.

Abn., 8. März. Die "Rönlische Zeitung" meldet aus Amsterdam: Renter berichtet aus Petersburg: Der ausführende Hauptausfluß der Sowjets hat mit großer Zustimmung einen so freien Bundesgenossen be-lassen wie den Zaren. Obwohl die meisten Bedingungslos die politische Handlung sehen, ermöglicht der Ausschluß die

Mitglieder des Moskauer Kongresses, für die Ratifizierung des Vertrages zu stimmen. Gemeldet wird, daß Alexejeff zur Abgeordneten ist, weil er mit der Politik der Bolschewikisten nicht einverstanden ist.

Zur Lebensmittelversorgung aus der Ukraine.

Infolge der bekannten Transportverhältnisse ist eine wesentliche Hilfe für die deutsche Ernährungsnotlage aus der Ukraine erst gegen Ende des laufenden Wirtschaftsjahres zu erwarten. Bis dahin muß die fast ausschließlich auf die heimische Landwirtschaft angewiesen.

18500 Tonnen versenkt.

WTB. Berlin, 8. März. (Amtlich.) Neue U-Boote. Erfolge im Sperrgebiet um England:

18500 Brutto-Registertonnen.

Von den versenkten Schiffen wurden zwei tiefbeladene Dampfer im U-Bootgebiet aus einem großen stark gefährdeten Gebiet herausgeschossen.

Der Chef des Generalstabes der Marine.

Vom türkischen Kriegeschauplatz.

WTB. Konstantinopel, 7. März. Der amtliche Tagesbericht vom 7. März meldet u. a.: Ein an der Palästinafront sich entzündender feindlicher Angriff gegen unsere Stellungen östlich von Jericho wurde schon bei 1500 Uhr vor unserer Front zum Stehen gebracht. Bei Arslon wurden unsere feindlichen Linien durch den Angriff zu nähern. Er wurde von unserer Artillerie unter Feuer genommen und verwickelt in Rauch geschickt, nachdem er einige Zehner erlitten hatte.

herant hielt, legte sich wieder über Sehen und Denken. Sie hatte das Gefühl, als müsse sie sich aufdrängen und Herbart die Hand entgegenstrecken, aber ein fürchterlicher Schmerz, der ihren Kopf umspannte und auch alle Glieder durchdrang, ließ sie aufstöhnend zurückfallen.

Herbert sah ihre neue Ohnmacht, ihr schlaffes Zurückfallen mit Sorge. Er überlegte für einige Momente, dann trat er kurz und unschlüssig seine Anordnungen. Es galt vor allen Dingen, Solvia zur Pflege an einen ruhigen Ort und aus dem stierernen Stadthaus zu bringen, dessen geordnete Wände einzujürgen drohten. Er ließ Antonio eilig das nötige Verbandzeug und die Medikamente aus seiner kleinen Schrankapothek einpacken. Dann befaß er, die noch immer vor dem Hause loslos jammernde Dienerschaft heran. Der Rufgeber mußte den Wagen annehmen und Maria ein Lager im Wagen für die Herrin zurechtmachen, und sich selbst zur Begleitung aufs Land bereit halten. Der übrigen Dienerschaft befaß er, in den Zimmern des Souterrains zu kampieren und unter keinen Umständen Haus und Hofplatz zu verlassen, bis er zurückkäme, da beständiges Gemüdel sich nach derartigen Katastrophen in die Häuser zu ziehen pflegte.

Und dann begann eine mühsame Fahrt. Weit über den freien Platz bis über die Straße lagen große Trümmer des eingestürzten Turmes der Kathedrale. Eingeborene Polizeiboten, von einem spanischen Kommissar befehligt, suchten den Platz zu räumen und die herumliegenden Eingeborenen zum Wegräumen der Steintrümmer vor der Straße heranzuziehen. Inzwischen aber füllte sich Platz und Straße immer mehr mit Müllstücken. Als der drängte ins Freie, ein Hund, weil man sich in den Steinwänden noch immer unsicher fühlte. Wenn nicht gerade die Erde vor einem aufstrebte, war man bei einem erneuten Erdbeben oder einem letzten Stoß in den letzten feiernden Bambusbüschen seines Lebens sicherer als in den geborbenen, lösesteinigen, halbeingestürzten Steinwänden der Stadthäuser.

Mit qualvoller Angst sah Herbert im Wagen, daß es nur Schritt für Schritt langsam voranging. Immer wieder kam ein neues Hindernis. An ihnen nicht drängte sich eine immer mehr anwachsende Menge mit Karren, Kinderwagen, kleinen Gefährten. Alle Rückwärts, alle Standesunterschied hörte auf.

Die Eingeborenen verlangten Subordination und Gehorsam. Alles drängte ins Freie, ins freie, freie Stadt zu kommen. Der Antonio, der sein topfloses Hinankommen im ersten Entsetzen bereits, war unermüdet. Bald nahm er

dem Rufgeber, der alle Stellung verloren hatte, die Fingel aus der Hand und führte die Pferde Schritt für Schritt weiter, bald suchte er neue Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Ein verendetes Pferd lag auf dem Fahrweg, seiner dachte in der allgemeinen Verwirrung daran, den Kadaver beiseite zu schaffen. Oder eine Malatin warf sich vor die Pferde, um sich zu töten, denn sie war plötzlich wahnsinnig geworden, als sie voller Entsetzen ihre Kinder vor sich in niederjüngenden Haus begraben werden sah.

"Wie gut, daß sie von alledem nichts sieht!" dachte Herbert, während Solvia schlief und mit geschlossenen Augen wie unter dem Druck einer Betäubung in seinem Arm schliefte.

Und endlich, endlich kamen sie weiter ins Freie, wo die Steinhäuser aufstiegen und die Spuren des Erdbebens weniger furchtbar waren. Die Pferde griffen jetzt besser aus, und die Stadt lag bald hinter ihnen. Herbert überlegte, ob er sich mit Solvia in ein Bambushaus eines Malatin einquartieren sollte, bis man ein besseres Unterkommen fand. Ob vielleicht Ignatio Tajo —?

In der glühenden unglücklichen Stige wählte sich fern eine Stabmühle auf der Landstraße heran. Und als sich der Wagen näherte, erkannte Herbert in dem daherrastenden Gelehrten Ignatio. Er rief Antonio zu, anzuhalten und dem Rufgeber Ignatios gleichfalls zum Halten auszuweichen.

Ignatio sprang aus dem Wagen und trat mit erschrockenem Ausdruck an den Wagenflügel und sah erschreckt Solvia mit verbundener Stirn und geschlossenen Augen, halb liegend, halb sitzend. Herbert erzählte, halb aus dem Wagen geneigt, halbtig und mit gedämpfter Stimme in großen Zügen die Katastrophe.

Dann nehmten Sie bei mir Quartier! entgegnete der junge Meiste sofort. "Nach dem ersten Schrecken habe ich gleich ankommen lassen, um zu sehen, wie es in der Stadt ging. Ich lehre sofort um und fahre schnell in mein Landhaus zurück, um meine Diener schon insoweit anzuweisen. Sie dürfen Ihre Frau wegen nicht so schnell fahren. Und Sie können mir wachte er sich an den neben dem Rufgeber stehenden Diener, laufe in die Stadt zum Arzt und bitte ihn, in mein Landhaus zu der verletzten Sennora Boemann sofort zu kommen!"

Dann bestieg Ignatio seinen Wagen, der inzwischen auf seinen Hinterrad gemacht hatte und legte den nächsten Weg im Galopp zurück, während Herberts Wagen langsam folgte. (Fortsetzung folgt.)

Eine deutsche Erklärung gegen Pichon

Freiherr von dem Busche über die Enthüllungen Pichons.

Berlin, 8. März. (Drahtnachricht.) Zu Pichons Enthüllungen hat sich der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherr von dem Busche, einem Vertreter des M. T. B. gegenüber geäußert. In den Ausführungen des Unterstaatssekretärs heißt es:

Die französische Regierung sucht den Umsturz ihres Volkes über den Eintritt Frankreichs in den Krieg zur Unterstützung Russlands angeht, das sich dem Russischen Bündnis zu verpflichten. Sie möchte jetzt durch Veröffentlichung der Instruktionen an den Deutschen Botschafter vom Juli 1914 den Nachweis führen, daß das deutsche Neutralitätsangebot unanständig und nicht ernst gemeint gewesen war.

Wenn von französischer Seite behauptet wird, Frankreich sei nicht direkt durch Deutschland angegriffen worden, sondern als Verbündeter Russlands in den Krieg eingetreten, so ist das schon ein sehr wertvolles Eingeständnis. Nachdem nunmehr der Frieden der Zentralmächte mit Russland eine vollzogene Tatsache ist und Frankreichs Weigerung, neutral zu bleiben, sich vor dem französischen Volk auf diesem Wege nicht mehr genügend rechtfertigen läßt, sollen die Instruktionen an den deutschen Botschafter die Weigerung, neutral zu bleiben, die unannehmbaren deutschen Neutralitätsbedingungen rechtfertigen. Ganz abgesehen davon, daß diese Bedingungen der französischen Regierung, als sie sich entschloß, neutral zu bleiben, gar nicht bekannt waren, ist es überhaupt eine Verletzung der Gutschriften, wenn sie sich überhaupt dem Eintritt Frankreichs allein auf ihre Kreuzung gegenüber zurückzuführen sucht. Die diplomatischen Veröffentlichungen der Entente zeigen, daß die französische Regierung einen ganz bestimmten Einfluß auf den Entschluß der Regierung des Zaren zum Kriege ausübte, der erst nach der vorbestimmten Aufklärung der französischen Götze erfolgte. Ganz besonders bezeichnend hierfür ist das Telegramm, welches am 29. Juni Esplanon an seinen Botschafter in Paris sandte, in dem es heißt:

„Verbinden Sie die französische Regierung und danken Sie ihr für die Erklärung, daß wir vollständig auf die Unterstützung des uns verbündeten Frankreichs zählen können.“

Russland griff nur auf Grund gemeinsamer französisch-russischer Entschlüsse zu dem Kriege, in die treibende Kraft ging mehr von Paris als von Petersburg aus, wie auch die unbedingte Einwilligung Russlands in den selbstherrlichen Konflikt nicht nur die rechtslose Billigung der französischen Regierung fand, sondern zum großen Teil auf direkte Ermächtigung französischer Staatsmänner zurückzuführen ist. Die französische Regierung hat vom ersten Tage des Krieges an in engem Einvernehmen mit den längst entlassenen Kriegstreibern Esplanon, Schomilow, Januschewitsch gestanden, die die feierlichen Entschlüsse gefaßt und durch ihre lebhafteste Unterstützung überhaupt erst möglich gemacht haben.

Der Reichskanzler über Zweikämpfe im Heere.

Berlin, 8. März. (Drahtnachricht.) Wie die „Kreuzzeitung“ berichtet, hat auf Anfrage der Abgeordneten Czaberg und Trinius der Reichskanzler geantwortet: In der Allerhöchsten Order vom 1. Januar 1917 sind allgemeine Bestimmungen getroffen, um den Zweikämpfen der Offiziere vorzubeugen. Sie haben sehr selten stattgefunden. Am Neujahrstage 1918 hat Seine Majestät der Kaiser und König das Offizierskorps zu freier Selbsttätigkeit in dieser Beziehung ermahnt. Dadurch ist ein weiterer Fortschritt in der Bekämpfung des Zweikampfs in der Armee erzielt. In der Folge sind im Verhältnis zu der Zahl der Offiziere sehr wenig Zweikämpfe vorgekommen. Ein Abwehrbefehl, der den Offizieren den Zweikampf untersagt, würde den gewünschten Erfolg nicht haben, solange nicht anderweitig ausreichende Gesetze für den Schatz der Ehre geschaffen sind.

Telegrammwechsel

zwischen dem Kaiser und dem König von Schweden.

Berlin, 8. März. Auf Grund der Berichte der aus Petersburg zurückgekehrten deutschen Kommission über die Hilfsfähigkeit des schwedischen Roten Kreuzes für die deutschen Gefangenen in Russland hat der deutsche Kaiser folgendes Dantelegramm an den König von Schweden gerichtet:

„Er. Majestät dem König von Schweden!
Graf Wrangell, den ich an der Spitze meiner Kommission nach Petersburg geschickt hatte, hat mir über die außerordentliche Hingabe und Aufopferung berichtet, mit der von den Deputierten Ihrer Regierung für das Wohl unserer in Russland schmachtenden Kriegs- und Zivilgefangenen gesorgt wird. Namentlich konnte er nicht zählend genug die Tätigkeit Ihres Geliebten Grafen Brandström und dessen heldenhafter Tochter hervorheben. Es ist tief gerührt durch die Bemühung dieser menschenfreundlichen Gutmächtig, von denen die unermüdete und selbstlose Tätigkeit Zeugnis ablegt. Es drängt mich, die Deiner Regierung und allen, die an dem Werke der Gefangenenfürsorge in Russland tätig sind, meinen tiefsten Dank auszusprechen. Das deutsche Volk wird nicht vergessen, was schwedische Männer und Frauen unter diesen schwierigen Verhältnissen für uns getan haben.“
Wilhelm.“

Der König sandte folgendes Antworttelegramm an den deutschen Kaiser:

„Von ganzem Herzen danke ich Sie für die überaus lebenswürdigen Telegramm mit so gültigen anerkennenden Worten über unsere Tätigkeit für die armen Gefangenen. Es ist allen Beteiligten Herzenspflicht und Freude gewesen, an dieser Arbeit teilzunehmen und für mich eine wahre Genugtuung, daß meine Schweden etwas zur Bänderung der Not beitragen konnten.“
Gustaf.“

Bulgarische Dankbarkeit für seine Verbündeten.

Sofia, 8. März. (Drahtnachricht.) Die Zeitung „Utro“ schreibt: Der Frieden mit Rumänien hätte weiterhin das unlösliche Band zwischen Bulgarien und seinen Verbündeten. Die Unterwerfung Deutschlands und der anderen Verbündeten wird niemals von bulgarischen Völkern vergessen werden.

Aus dem preussischen Herrenhause.

Wiederaufnahme der Verhandlungen. — Der Präsident über die politische Lage.

Berlin, 8. März.
Am Regierungstisch: Eisenhart-Rothe.
Präsident Graf Armin-Holtenberg eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache, in der er auf die Friedensschlüsse mit der Ukraine und Russland eingewirkt und unsere Zukunft überhaupt hervorhebt. Er sagt u. a.: Dieses verdanken wir nicht Gott lediglich unsern unerschöpflichen Heere und seinen getreuen Führern. Wir können jetzt unsere Kraft im Westen konzentrieren zu einem verzehrenden entgegengesetzten Schlage. An den König hat der Präsident Glückwünsche zum Abschluß des Friedensvertrages mit der Ukraine und mit Russland im Namen des Hauses übermitteln, auf die inzwischen Antwort-Telegramme eingegangen sind, in denen der König die Hoffnung ausdrückt, daß nunmehr, nachdem der Ring unserer Feinde durchbrochen sei, der allgemeine Friede nicht mehr fern sein würde. Auch der Reichskanzler hat auf die telegraphisch ausgeprochenen Glückwünsche zum Friedensschluß mit der Ukraine mit einem Dantelegramm geantwortet. Auf die Glückwünsche des Hauses zum Geburtstage des Königs ist ein Dantelegramm

eingegangen, in dem der König die Hoffnung ausspricht, daß das Vertrauensverhältnis zwischen Krone und Volk, dessen Wurzel in den letzten Jahren liegt, durch die Freundschaft einer weltgeschichtlichen Mission erzeugt werden mußte, durch die letzten Jahren Jahre geklärt und vertieft werden möge.
Der Entwurf eines Art. 66 Gesetzes zur Vereinfachung der Verwaltung wird einer Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen.
Beim Schlußwort-Gesetz wird auf Antrag der Kommission die vom Abgeordnetenhaus geforderte Bestimmung über die Errichtung eines Landbesitzesamtes wiederhergestellt und der Entwurf angenommen.
Der Gesetzentwurf betreffend Förderung der Städtischen in der Befähigung des Abgeordnetenhaus geforderte Bestimmungen über die Errichtung von Landbesitzesamten in Kraft und Landesbank in Westfalen werden unter unerheblichen Veränderungen angenommen.
Nach Erledigung von Petitionen erfolgt Vertagung auf Sonntag 11 Uhr: Wohnungsgesetz, Eisenbahnfahrpläne, Petitionen.

Die Lösung der spanischen Ministerkrise.

Die Umbildung des Kabinetts vorläufig.
Bern, 8. März. (Prin.-Tel.) Wie aus Madrid gemeldet wird, wird die Umbildung des Kabinetts Garcia Prieto nur als eine vorläufige Lösung betrachtet, bis die Einheit in beiden Kammern gesichert ist. Die Regierung wird die Bildung eines Kabinetts, in dem auch Anhänger von Maura vertreten sein sollen. Dato erklärte, die liberal-konservative Partei sei bereit, die Führung zu übernehmen, wenn die öffentliche Meinung und die Krone es für richtig hält. Er wünscht dann allein die Verantwortung zu übernehmen und würde nur mit einem gleichartigen Kabinet regieren.
Wie „Gazeta“ aus Madrid meldet, ist der Marineminister wegen Meinungsverschiedenheiten begh. der von dem Minister nicht gebilligten Militär-Reform zurückgetreten. Dieser Minister im Kabinet Garcia Prieto ist der Vertreter der entente-feindlichen Richtung des Grafen Romanos.

Grundlage eines neuen Offseeabkommens.

Mitbestimmungsrecht der Handelsstaaten.
Berlin, 8. März. Die „Nord. Wg. Ztg.“ schreibt über den Friedensvertrag mit Finnland: Ein solcher Vertrag ist notwendig gewesen, weil Finnland ein Bestandteil des ehemaligen Zarreiches war und eine feste Grundlage für die künftigen Beziehungen Deutschlands zu der jungen Republik geschaffen werden mußte. Als Vertragsgegner kam nur die durch den finnischen Landtag rechtmäßiger Weise ernannte Regierung in Betracht. Die politisch für die Zukunft bedeutungsvolle Bestimmung, daß Finnland ohne Einwilligung Deutschlands seinen Teil seines Bestandes an eine fremde Macht abtreten oder einer solchen ein Verbot zu seinem Hoheitsgebiet abtreten darf, könne als Grundlage für ein neues Offseeabkommen gelten. Den gleichen Erwägungen entsprechen die einseitige Regelung der Handelsfrage, daß hierüber lediglich die Handelsstaaten, nicht aber mehr die Bestimmung mitbestimmen haben, die den Vorteil bringt von 1859 durch ihre Zustimmung zu der einseitigen Befestigung durch Russland gegeben haben. Die deutsche Regierung habe wiederholt festgestellt, daß Deutschland die schwedischen Interessen in der Frage Abends Verbot anerkenne und die Frage in engem Einvernehmen mit Schweden zu lösen gedente, ein Beweis für Deutschlands Entschluß, die berechtigten Interessen der Offseestaaten in jeder Weise zu berücksichtigen.

Der Wert Samoas für Großbritannien.

Wellington, 7. März. (Drahtnachricht.) In seiner Rede erklärte der Premierminister von Neuseeland, er würde dem Reichskriegsministerium und der Reichsregierung aus Pflichtgefühl beistehen. Was die Samoafrage anlangt, so liegt unser Interesse nicht in der Fruchtbarkeit und Produktivität dieser Inseln, sondern wir sind in Wirklichkeit besorgt, weil Samoa der Schlüssel zum südlichen Stillen Ozean ist, und wenn es an Deutschland zurückübertragen wird, wird es den Schwerpunkt für die deutsche Flotte und den Mittelpunkt für die deutschen Operationen im Stillen Ozean bilden. Die britische Flotte wurde 1889 an Samoa fortgebracht und Neuseelandslöhne trugten sie 1914 zurück. Meine Meinung und Hoffnung ist, daß sie zurückgetragen wurde, um dort zu bleiben.

Wiederaufnahme des russischen Zahlungsdienstes.

Wie aus parlamentarischer Quelle verlautet, sollen die Wirtschaftsvertragsverhandlungen mit Russland die Wiederaufnahme des russischen Zahlungsdienstes an deutsche Gläubiger innerhalb drei Monaten bringen. Auch die vertraglichen Forderungen deutscher Privatpersonen an den russischen Staat sollen in dem gleichen Zeitraum den Beginn ihrer Erledigung finden.

Aufgabe der argentinischen Neutralität?

Saag, 8. März. Ein Neuterbericht meldet: „Daily Chronicle“ berichtet aus Buenos Aires: Am 5. März teilte der Gesandte der argentinischen Republik bei den Vereinigten Staaten bei seiner Audienz nach Washington der amerikanischen Regierung mit, daß Argentinien seine Neutralität aufhebe. Der Gesandte ist beauftragt, über die Beteiligung Argentiniens an der Aktion gegen die Mittelmeersee zu verhandeln. Der Export Argentiniens wird ausschließlich für die Entente vorbehalten. Der Gesandte soll außerdem über den Austausch von Kohlen und anderen Waren sowie über die finanzielle Hilfe der Vereinigten Staaten für die Verpflegung der argentinischen Regierung verhandeln.
Die mit äußerster Vorsicht aufzunehmende Nachricht heißt

im Gegensatz zu der bisher verlaufenden Politik des argentinischen Präsidenten, der sich mit großer Energie gegen den Kongreß für ein Aufgeben der Neutralität widersetzte.

Deutsches Reich.

Besetzung bei militärischen Bedarfsstellen.
Berlin, 8. März. Im Hauptauschuß des Reichstages legte in der Sitzung des Unter Ausschusses über die Preisgestaltung des Lebens- und Nahrungsbedarfsamtes ein Regierungsvertreter die Grundzüge der Pläne dar, die für die Besetzung bei militärischen Bedarfsstellen zur Anwendung kommen. Zur Durchführung dieser Grundzüge ist die Preisprüfungsstelle geschaffen und das Prüfungsergebnis ist, daß jetzt etwa 60 Millionen Mark monatlich für das Reich erspart werden.

Antwort des Kaisers an den österreichischen Provinziallandtag. Bei dem Bestehen des Kronprinzenerbes ist folgendes Antworttelegramm des Kaisers ergangen:
„Sehr geehrter Dank für den treuen, mich sehr erfreuenden Gruß. Die Provinz Ostpreußen steht meinem Herzen besonders nahe; sie hat auch in diesem Kriege die größten Opfer bringen müssen und wird noch lange besonderer Förderung bedürfen. Um so dankbarer wird gerade in Ostpreußen das Gottesgericht im Osten empfunden. Unsere Siege verdanken wir nicht zum wenigsten den stillen und geistigen Gütern, die der große Wille von Königsberg unserem Volke geschenkt hat. Dem schönen Aufbau und aller treuen Arbeit für Ostpreußens Zukunft gebührt mein dauernd warmes Interesse und dem Landtage mein gnädiger Königlichster Gruß. Gott helfe weiter zu dem endgültigen Siege.“
Wilhelm I. R.“

Ausland.

Neue Ministerkrise in Portugal.
Lissabon, 8. März. Jones' meldet: Die unzufriedenen Minister lehnen es ab, dem allgemeinen Stimment für die Präsidentenwahl ihre Zustimmung zu geben. Infolgedessen brach eine Ministerkrise aus.

Austritt aus dem Völkerbund.
Wien, 8. März. Nach der Sitzung des Abgeordnetenhauses trat der Völkerbundplan und nahm die Zustimmung der Abgeordneten an. Die Erklärung des Abgeordneten Doljansk, daß die von ihm vertretene Gruppe der politischen Sozialdemokraten (acht Mitglieder) aus dem Völkerbund austrete, zur Kenntnis, hierauf wurde eine Justiz-Glaubensurteil verlesen, wonach die nationaldemokratische Gruppe wegen der Haltung des Völkerbundes in der Frage des Abgesandtenbeschlusses beschlossen habe, ihre Mitwirkung an den Beratungen des Rats bis zur Entscheidung des Völkerbundes darüber auszusetzen, ob die Gruppe dem Völkerbund weiterhin angehören soll.

Halle und Umgebung.

Halle, den 9. März 1918.
Der Halleische Verband sozialistischer Arbeitervereine veranstaltete am Montag einen Vaterländischen Abend. In dem großen Theatraler versammelten sich 24 Arbeitervereine mit ihren Gassen. Nach einem gemeinsamen kaffeehausartigen Vorkurs begrüßte Herr Führer Dack die Erschienenen in wohlwollender, warmer Worten. Im Hinweis auf den kurz vorher gemeldeten russischen Frieden brachte die Anwesenden aus vollen Herzen ihren Dank gegen Gott in dem gemeinsamen Liede „Gott danket alle Gotter“ zum Ausdruck. Frau Friede Ullrich erwiderte dem Vortrag die erste und erhebende Antwort. Sie folgten unter Leitung des Herrn Führer Dack dem Vortragenden und demokratischen Vorkurs der Arbeiter, die hübsche Leistungen boten. Frau Dack, Schmitz-Dack erwiderte dem Herrn Dack unter lobende Einzelgespräche, ebenso wie unter ihrer Leitung mitwirkende Damen und Herren durch stimmungsvolle Choräle die Danksprüche. Die Halleer Arbeiter hatten einen hübschen zur Verfügung gestellt. Gemeinnützige Arbeiter umarmten das Ganze.
Auf die Wohlthaten der Arbeitervereine, welche am 14. März, abends 7½ Uhr, in der Theatraler zur Befähigung von Reichstagen für die Bundesrat in dem hiesigen Gesetzentwurf, sei hiermit besonders aufmerksam gemacht. Der humoristische Unterhaltungsabend wird nur von ersten Künstlern ausgeführt. Über dem Übernächsten Herrn Führer Dack vom Stadtrat in Halle. Die Arbeiter werden außer dem erwähnten Sozial- und demokratischen Vorkurs der Arbeiter, die hübsche Leistungen boten. Frau Dack, Schmitz-Dack erwiderte dem Herrn Dack unter lobende Einzelgespräche, ebenso wie unter ihrer Leitung mitwirkende Damen und Herren durch stimmungsvolle Choräle die Danksprüche. Die Halleer Arbeiter hatten einen hübschen zur Verfügung gestellt. Gemeinnützige Arbeiter umarmten das Ganze.

